



Foto: Moritz Schetter

So sieht Jubel aus v.l.n.r.: Hans Kromrey, Loic Kliemann, Lena Fries, Eda Terkan, Lisa Pfitzmann, Moritz Warnke, Fabian Ulrich

„Stärkste Kraft im Land und im Bezirk werden“

Linke-Kandidat:innen für Abgeordnetenhauswahl

Bei ihrer Delegiertenversammlung im Rathaus Treptow hat die Linke Treptow-Köpenick ihre Kandidat:innen für die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 aufgestellt. Dabei wurden sowohl die Kandidat:innen für die sieben Direktwahlkreise von Treptow-Köpenick gewählt als auch die Rangfolge der

Bezirksliste festgelegt: Moritz Warnke, Bezirksvorsitzender der Linken in Treptow-Köpenick, führt die Bezirksliste auf Listenplatz 1 an. Listenplatz 2 nimmt Lisa Pfitzmann, als jugendpolitische Sprecher:in Mitglied im Bundesvorstand der Partei, ein. Auf Listenplatz 3 wurde Eda Terkan gewählt, die als Lehrerin in einer

Brennpunktschule arbeitet. Hans Kromrey, tätig als Richter am Landgericht Berlin und Mitglied des Landesvorstands der Berliner Linken, wurde auf Listenplatz 4 gewählt. Das Bezirksvorstandsmitglied Lena Fries wurde auf Listenplatz 5 gewählt, der Informatiker Loic Kliemann auf Listenplatz 6. Für Listenplatz 7 wurde die

Historikerin Dr. Susanne Willems gewählt, auf Listenplatz 8 Fabian Ulrich, der als Elektroniker arbeitet. „Die Liste vereinigt unterschiedlichste politische, fachliche und berufliche Kompetenzen und zeigt, dass Die Linke im normalen Leben der Menschen verankert ist“, erklärt Moritz Warnke. Im Wahlkampf sollen die Interessen dieser Menschen in den Vordergrund rücken: „Es geht um ein bezahlbares Berlin, um Alltagsprobleme wie fehlende Haus-, Fach- und Kinderärzte und um eine klare antifaschistische Haltung. Wir wollen stärkste Kraft im Land und auch hier im Bezirk werden. Und was wir bisher an den Haustüren hören, gibt uns für unseren Ansatz viel Unterstützung.“

■ ■ Mehr zu den sieben

Kandidat:innen gibt es auf S. 2

**Aktueller Termin
Sozialsprechstunde
Die Linke hilft 19.03.26**

17-19 Uhr
In der Brückenstraße 28,
12439 Berlin
S Schöneweide,
Tram Brückenstraße

Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de
Mobil/WhatsApp:
+49 163-27 01 371

Gysi meint ...

Zusammenhalt statt Sündenböcke

Die Bundesregierung unter Friedrich Merz ist bisher bis auf Ausnahmen den Beweis schuldig geblieben, dass sie es besser kann als die Ampel. Fast im Wochentakt werden immer neue Sündenböcke präsentiert, denen das Versagen der Koalition in die Schuhe geschoben werden soll. Zuerst wurde die Migration zur Mutter aller Probleme erklärt, obwohl die Wirtschaft eine jährliche Zuwanderung

von 400.000 Fachkräften braucht. Dann waren die Bürgergeldbeziehenden schuld. Die Koalition beschloss massive Verschärfungen, die zwar kaum Geld einsparen, aber die Menschenwürde der Betroffenen angreifen. Später waren es die Rentnerinnen und Rentner, die man gegen die Jüngeren auszuspielen versuchte. Und nun arbeiten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeblich zu viel Teilzeit und seien zu oft krank, so

dass das Arbeitszeitgesetz und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Frage gestellt werden. Und die Zahnarztkosten sollen alle auch gleich noch selbst zahlen. Ich finde diese ganzen Diskussionen ungeheuerlich. Hier wird versucht, von den Gewerkschaften hart erkämpfte Regelungen zurückzudrehen. Das sind nichts anderes als Angriffe auf die soziale Marktwirtschaft und auf den sozialen Zusammenhalt, die schärfstens

zurückzuweisen sind. Auffällig ist, dass die Regierung Merz bei Belastungen, Kürzungen und Streichungen immer nur nach unten schaut, während gerechte Steuern für Reiche, Vermögende und Konzerne abgelehnt werden und Rüstungsausgaben gigantisch steigen. Wer so Politik macht, schafft keine Lösungen, sondern verschärft die Probleme, weil das Vertrauen in die Demokratie untergraben wird und damit rechtsextremistische Kräfte gestärkt werden. Wir brauchen keine Sündenböcke, sondern endlich eine Politik für Frieden und soziale Gerechtigkeit.



Unsere Sieben für Treptow-Köpenick

Diese Kandidat:innen gehen ins Rennen um die Wahlkreise des Bezirks



Moritz Warnke

Wahlkreis 1 (Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg)
„Wohnungen gehören nicht an die Börse. Deutsche Wohnen & Co müssen endlich enteignet werden. Damit Berlin bezahlbar und unser zu Hause bleibt.“

Moritz Warnke ist Bezirksvorsitzender der Linken in Treptow-Köpenick. Er hat zuletzt als Referent in der Rosa-Luxemburg-Stiftung gearbeitet und ist Experte für Haushalts- und Finanzpolitik. Außerdem ist er antifaschistisch im Kiez engagiert und Mitglied im Bund der Antifaschisten Treptow. Als Herzensprojekte hat er die von Genoss:innen getragene Sozialberatungspraxis im Rahmen von „Die Linke hilft“ vorangebracht.



Lisa Pfitzmann

Wahlkreis 2 (Oberschöneeweide, Dammvorstadt, Köpenick Altstadt, Hirschgarten)
„Wer Zukunft will, braucht gute Bildung, soziale Sicherheit und demokratische Räume. Kein Gewehr in der Hand.“

Lisa Pfitzmann ist im Brandenburg der Nachwendzeit aufgewachsen und 2018 für ihr Lehramtsstudium in Theater und Geschichte nach Treptow-Köpenick gezogen. Sie ist Mitglied im Bundesvorstand der Partei und verantwortet als jugendpolitische Sprecherin der Linksjugend [solid] u.a. die Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung. Im Wahlkreis 2 möchte sie sich für eine antifaschistische, widerständige Jugend- und Zivilgesellschaft einsetzen.



Fabian Ulrich

Wahlkreis 3 (Niederschöneeweide, Johannisthal, Späthsfelde und Südwest-Adlershof)
„Eine sozialgerechte und umweltverträgliche Versorgung in Berlin ist möglich, aber nicht ohne Druck aus der Politik.“

Fabian Ulrich wohnt seit 23 Jahren in Johannisthal und arbeitet als Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik. Er war Mitglied im Sprecher:innen-Kreis der LAG Haustürgespräche und hat nach der Schließung von Rewe in Johannisthal gemeinsam mit anderen Genoss:innen die Einkaufshilfe ins Leben gerufen – für Anwohner:innen, die auf Unterstützung bei der Lebensmittelnaheversorgung angewiesen sind.



Lena Fries

Wahlkreis 4 (Altglienicke und Bohnsdorf)
„Unsere Kieze gehören uns: mit Ärztin, Apotheken, einer Tramstation um die Ecke, gutem Wohnen und einer Politik aus dem Kiez heraus – damit niemand abgehängt wird.“

Lena Fries ist Historikerin und lebt seit sieben Jahren in Treptow. Sie ist seit 2020 bei Die Linke und Mitglied im Bezirksvorstand. Mit der Bürgerinitiative Pro Plänterwald und Katalin Gennburg, damals MdA, organisierte sie einen Einwohnerantrag gegen den Abbau von Nah- und Gesundheitsversorgung, was eine Wiederansiedlung von Hausärzt:innen bewirkte. Sie steht für eine Stadtentwicklung von unten, konsequenten Antifaschismus und ein gemeinsam erkämpftes gutes Leben in den Kiezen.



Loic Kliemann

Wahlkreis 5 (Nordost-Adlershof, Spindlersfeld, Köllnische Vorstadt, Grünau, Karolinenhof, Schmöckwitz, Rauchfangswerder)
„Ich möchte Themen wie bezahlbaren Wohnraum, den Kampf gegen Armut und eine solidarische Bildungspolitik mit einer modernen, digitalen Vision verknüpfen.“

Loic Kliemann lebt seit seiner Schulzeit in Adlershof und arbeitet seit dem Abschluss seines dualen Informatikstudiums an Projekten zur Verwaltungsdigitalisierung und digitalen Bildung. Als Mitglied bei Die Linke stand er schon beim letzten Bundestagswahlkampf vor Haustüren und an Infoständen und engagiert sich aktuell bei der BO Adlershof in der Mitgliederverwaltung und der Versammlungsorganisation.



Eda Terkan

Wahlkreis 6 (Allendeviertel, Kietz, Kietzer Feld, Wendenschloß, Müggelheim)
„Für gerechte Bildung, bezahlbare Mieten und eine Stadt, in der niemand das Gefühl haben muss, nicht dazuzugehören.“

Eda Terkan arbeitet als Lehrerin an einer Schule in Neukölln und begreift Bildung als zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sowohl bei ihrer Arbeit als auch in ihrem Wahlkreis nimmt sie eine zunehmend angespannte soziale Lage wahr, die von Erwerbslosigkeit und einer wegbrechenden öffentlichen Infrastruktur geprägt ist. Dieser Situation will sie sich mit einer Politik stellen, die solidarisch ist, klar Haltung zeigt und gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet wird.



Hans Kromrey

Wahlkreis 7 (Köpenick Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wilhelmshagen)
„Eine Politik von unten, mit einer hochmotivierten, kämpferischen Basis und nah bei den Menschen vor Ort, ist für mein Engagement wesentlich.“

Hans Kromrey ist als Richter am Landgericht Berlin tätig und Mitglied des Landesvorstands der Berliner Linken. Er steht für ein kontinuierliches politisches Engagement innerhalb der gewachsenen Aktiven-Struktur in den Basisorganisationen und mit den vielen Initiativen und Engagierten vor Ort ein. Eine bezahlbare Stadt für alle, der Kampf gegen Kinderarmut und für eine Umverteilung von oben nach unten sind ihm dabei besondere Anliegen.

Zahl des Monats: 99.000

So viele Briefe zu Mieterhöhungen haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen im Januar und Februar an Berliner:innen verschickt. Frust im Briefkasten für 99.000 Berliner Familien und WGs, die schon jetzt auf jeden Cent achten müssen. Kai Wegner und seine Regierung wollen es so. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte Wegner den Mietendeckel für die hunderttausenden Wohnungen von Degewo & Co. abgeschafft. Die Linke fordert: Keine weiteren Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen!



„Diese Kürzungen treffen Kinder, Jugendliche und Familien hart“

Gespräch über Folgen der Fördermittel-Streichungen



Diverse Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit sowie Angebote für Familien im Bezirk kämpfen angesichts weiterer drohender Kürzungen aktuell um ihre Zukunft. Ein Interview mit Karin Kant, jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der BVV Treptow-Köpenick.

Seit Monaten wird über Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung gesprochen. Worum geht es dabei genau?

Es geht um die Existenz vielfältiger Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien im Bezirk. Die Finanzierung reichte schon 2025 nicht aus. Steigende Kosten wurden nicht vollständig ausgeglichen. Viele Projekte mussten bereits ihre Sach- und Honorarmittel strei-

chen, um die laufenden Angebote zu erhalten und ihre Mitarbeitenden weiterhin fair bezahlen zu können.

Kannst du das an einem Beispiel erklären?

In der Köllnischen Vorstadt, einem Gebiet mit großem Unterstützungsbedarf, gibt es das Projekt der Jugendsozialarbeit mit nur einer Personalstelle. Für Materialien oder zusätzliche Angebote ist kein Geld mehr da. Um das Projekt ins Jahr 2026 zu retten, musste nun die Arbeitszeit gekürzt werden. Das bedeutet weniger Hilfe und Begleitung für junge Menschen, die sie dringend brauchen. Die nun geplante Kürzung um 6% bedroht dieses so notwendige Angebot akut!

Nun drohen weitere Kürzungen. Was hätte das für Folgen?

Viele Projekte, so wie das benannte, könnten ihre Angebote nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr aufrechterhalten. Schließungen wären die Folge. Das heißt: weniger Angebote, weniger sichere Orte und weniger Unterstützung für Kinder und Jugendliche. Langfristig entsteht eine Abwärtsspirale, die die gesamte Kinder- und Jugendarbeit gefährdet.

Warum ist die Lage aus deiner Sicht besonders alarmierend?

Weil hier Strukturen, die unter Rot-Rot-Grün in Berlin über viele Jahre aufgebaut wurden, nun unter CDU-Regierung und CDU-Stadtrat zerstört werden, denn die Freien Träger leisten unverzichtbare Arbeit für Kinder, Jugendliche und Familien. Trotz eines geltenden Jugendförderungsgesetzes werden Mittel gekürzt. Das ist ein Rückschritt und

trifft ausgerechnet die, die Räume, Offenheit und unsere Unterstützung am dringendsten brauchen.

Was forderst du jetzt?

Wertschätzung und eine angemessene Finanzierung der Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien. Wer heute kürzt, zahlt morgen einen hohen Preis – gesellschaftlich und menschlich. ●

Bis heute fehlt eine klare Antwort des Jugendstadtrats Grammelsdorf (CDU), warum Gelder für die Kinder- und Jugendarbeit nicht dort angekommen sind. 135.000 Euro hatten SPD, Die Linke und Grüne für 2026 zusätzlich in den Jugendbereich geschoben. Statt Aufklärung gibt es Ausflüchte. Wurden Mittel aus der Jugendarbeit genutzt, um andere Lücken im Jugendhaushalt zu schließen? Wären sie in den Titeln geblieben, gäbe es keine Kürzungen. Entweder hat der Senat nicht ausreichend Geld zur Verfügung gestellt oder ein überforderter Jugendstadtrat hat die Gelder nicht richtig verwendet.



Foto: Grytzka

André Schubert und Philipp Wohlfeil bei einem Austausch im Familienzentrum Friedrichshagen. Im Gespräch mit Standortleiter Bastian Grytzka ging es um die Finanzierungslücke, die die wichtige Arbeit für Familien im Kiez beeinträchtigt. Enttäuschend sei die Nichtberücksichtigung des Zentrums durch den zuständigen CDU-Jugendstadtrat André Grammelsdorf im Fördervorschlag, der vom Jugendhilfeausschuss konsequent abgelehnt wurde.

Für Entlastung und Bildungsgerechtigkeit

Gratis Menstruationsartikel an Schulen



Da trotz eines BVV-Beschlusses in Treptow-Köpenicker Schulen bislang kaum kostenlose Menstruationsartikel bereitgestellt werden, beantragt Die Linke gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass das Bezirksamt ein entsprechendes Umsetzungskonzept entwickelt.

Dieses soll die schrittweise Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel an allen weiterführenden Schulen im Bezirk gewährleisten – ein Angebot, das Schülerinnen entlastet, Scham abbaut und Bildungsgerechtigkeit fördert. Erfahrungen aus Lichtenberg und Pankow zeigen, dass solche Angebote seit 2023 gut angenommen werden und mit jährlichen Kosten von rund 1.000 bis 2.000 Euro pro Schule umsetzbar sind. Treptow-Köpenick sollte dem Beispiel dieser Bezirke folgen und den Beschluss endlich umsetzen.

Bezirksverordnetenversammlung stellt sich hinter Kleingärten in Späthsfelde

Ersatzflächen sind keine Alternative, findet Die Linke



Einstimmig hat die Bezirksverordnetenversammlung einen gemeinsamen Antrag von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum

wicklungsgebiet. Dort sollen perspektivisch 2.000 bis 4.000 Wohnungen sowie Gewerbeflächen mit entsprechender Infrastruktur entstehen. Das Gebiet ist derzeit vor

tion setze sich für eine „behutsame Entwicklung von Späthsfelde“ ein. Zwar sehen die bisherigen Entwürfe des Senats Grün- und Freiräume vor, aus Sicht der Antragsteller greifen diese Planungen jedoch zu kurz. „Ersatzflächen für betroffene Kleingartenanlagen können keine Lösung sein. Das Ziel muss sein, alle Kleingärten vor Ort zu erhalten“, betonte Doering. Ersatzflächen könnten den gewachsenen sozialen und ökologischen Wert der bestehenden Anlagen nicht aufwiegen.

Der Antrag fordert daher ausdrücklich, die sozialen, ökologischen und klimatischen Funktionen der Kleingärten als Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung anzuerkennen und zu schützen. Zudem sollen alternative Nutzungskonzepte entwickelt werden, die Wohnungsbau, Grünflächenerhalt und bürgerschaftliche Nutzung miteinander verbinden. Doering brachte dabei auch die Flächen der ehemaligen Baumschule ins Spiel: „Dabei könn-



„Dreieck Späthsfelde“ beschlossen. Darin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich bei Senat und zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die bestehenden Kleingartenanlagen bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung des Areals vorrangig erhalten bleiben. Ziel ist es, die Kleingärten langfristig zu sichern und in die Planung eines neuen Stadtquartiers zu integrieren.

Hintergrund ist die vom Senat im Juni 2023 angekündigte Einleitung vorbereitender Untersuchungen für das rund 100 Hektar große Ent-

wicklungsgebiet. Dort sollen perspektivisch 2.000 bis 4.000 Wohnungen sowie Gewerbeflächen mit entsprechender Infrastruktur entstehen. Das Gebiet ist derzeit vor-

wicklungsgebiet. Dort sollen perspektivisch 2.000 bis 4.000 Wohnungen sowie Gewerbeflächen mit entsprechender Infrastruktur entstehen. Das Gebiet ist derzeit vor allem durch Grün geprägt: ausgedehnte, teils brachliegende Baumschulflächen, langjährig genutzte Kleingartenanlagen und eine geringe Bebauungsdichte. Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke, macht deutlich, dass diese Grünstruktur kein Hindernis, sondern eine Qualität sei. „Die derzeitige Struktur in Späthsfelde ist also grün geprägt. Diese Grün-Struktur gilt es insbesondere mit Blick auf die Kleingärten und die ungenutzten Flächen der Baumschule zu erhalten“, sagte Doering. Seine Frak-

Mehr Kunst im öffentlichen Raum



Niedrigschwellige Kunst- und Kulturangebote haben seit jeher dazu beigetragen, Parks, Plätze und Grünflächen aufzuwerten und ihnen eine eigene Identität zu geben. In bestimmten Bezirksregionen in Treptow-Köpenick besteht hierzu besonderer Handlungsbedarf. Die Linke hat daher zusammen mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Bezirksamt ersucht, die identifizierten Handlungsfelder zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verstärkt mit kulturellen, künstlerischen und soziokulturellen Gestaltungen durch Kunst- und Kulturschaffende zu verbinden. Entsprechende Projekte sollen aktiv gefördert und bei der Planung und Umsetzung berücksichtigt werden. „Kunst im öffentlichen Raum ist kein Luxus, sondern ein wichtiger Baustein für lebenswerte Stadtteile“, erklärt dazu Edith Karge, Sprecherin für Kultur der Fraktion Die Linke. ●

Rathaus Briefing

Links und lokal
Der Politikpodcast für
Treptow-Köpenick



ten die Freiflächen der Baumschule als Ausgleichsfläche dienen.“

Mit dem Beschluss sendet die BVV ein klares Signal an den Senat. „Kleingärten erfüllen eine wichtige Funktion für Klimaschutz und Naturerhalt und tragen in unmittelbarer Nachbarschaft von Wohnquartieren zur besseren Lebensqualität und Erholung bei“, so Doering abschließend. Der politische Wille im Bezirk ist eindeutig: Für den vollständigen Erhalt aller Kleingartenanlagen im Dreieck Späthsfelde. ●

Beschlüsse:

Beschlossen:

IX / 1063 Aktionsplan „Inklusion und Barrierefreiheit“ (B'90 Grüne, SPD, Die Linke)

IX / 1165 Beleuchtung beim Stadion An der Alten Försterei (SPD, Die Linke, B'90 Grüne)

IX / 1166 Öffnen des Bahnhofsgebäudes Schöneweide Ursprung: (Die Linke, SPD, B'90 Grüne)

IX / 1169 Erhalt von Kleingartenanlagen bei der Entwicklung des „Dreiecks Späthsfelde“ (SPD, Die Linke, B'90 Grüne)

IX / 1174 Verkehrssicherheit im „Süßen Grund“ gewährleisten (SPD, Die Linke)

IX / 1175 Rollstuhlrampe am S-Bahnhof Schöneweide sicherer gestalten Ursprung (B'90 Grüne, SPD, Die Linke)

IX / 1212 Verfahrensstandards für die Kiezkassen Treptow-Köpenick (Ausschussantrag)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX / 1198 Menstruationsartikel in Schulen bereitstellen SPD, Die Linke, B'90 Grüne

IX / 1199 Mehr Kunst im öffentlichen Raum Die Linke, B'90 Grüne

IX / 1201 Kapazitäten der Buslinie 160 (Siriusstr. <-> Hasselwerderstr.) in den Morgenstunden erhöhen SPD, Die Linke, B'90 Grüne

IX / 1204 Wiederherstellung der Wegebeleuchtung am Sterndamm SPD, Die Linke, B'90 Grüne

IX / 1205 Mehr Transparenz: Einheitliche Berichterstattung des Bezirksamtes SPD, Die Linke IX/1191 Bezirkliche Sportinfrastruktur ermöglichen (Ausschussantrag)

Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my



Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Treptow-Köpenick sichert Gewerbeflächen

Mit Wirtschaftsflächenkonzept gegen Verdrängung



Berlin wächst. Das spiegelt sich auch in unserem Bezirk wider. Der Platz wird knapp. Wohnen, Arbeiten und Gewerbe geraten oft in Konkurrenz. Die Linksfraktion forderte deshalb 2016 in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein Konzept, um Industrie- und Gewerbeflächen zu erhalten und sinnvoll weiterzuentwickeln. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Petra Reichardt, machte früh deutlich, war-

um das wichtig ist: „Ein Bezirk braucht mehr als Wohnungen. Er braucht Orte zum Arbeiten, Herstellen und Entwickeln. Sonst entstehen reine Schlafstädte. Heute, zehn Jahre später, zeigt sich der Erfolg dieser Haltung. Über 1.000 Hektar Arbeitsflächen sind im Bezirk gesichert.“

Das Ergebnis ist das Wirtschaftsflächenkonzept, kurz Wiko. Zum ersten Mal liegen genaue Daten zu allen Arbeitsflächen ab 500 Quadratmetern vor. Damit kann der Be-

zirk gezielt steuern, wo sich Betriebe ansiedeln oder wachsen können. Entscheidungen beruhen nun auf Zahlen, nicht auf Schätzungen. Besonders wichtig sind die 318 Hektar an Flächen mit Entwicklungschancen. Sie liegen meist in bestehenden Gewerbegebieten oder auf früheren Industrieflächen. Diese Reserven sind entscheidend für die Zukunft des Bezirks.

Seit dem Beschluss der BVV Ende 2022 ist das Wiko eine feste Grundlage für Entscheidungen. In

einer Zeit stark steigender (Gewerbe-)Mieten in der Innenstadt bietet Treptow-Köpenick damit Sicherheit für Handwerk und kleine sowie mittlere Betriebe. Der Verdrängung wird so verhindert etwas entgegen gesetzt.

Ergänzend wurden leicht verständliche Hilfen veröffentlicht, etwa ein Leitfaden für Betriebe. Sie binden Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften ein. Der nun vorliegende Schlussbericht zur Sicherung von Gewerbeflächen zeigt: Mit Weitblick lässt sich Raum für Arbeit dauerhaft schützen.

Er beendet einen langen Prozess und startet eine neue Phase: eine gezielte und verlässliche Förderung von Arbeit und Wirtschaft im Bezirk. ●

Streit um Kiezkassen: AfD lehnt Bürgerbeteiligung in Treptow-Köpenick ab

Mehrheit der BVV aber für Mitbestimmung und Transparenz



In Treptow-Köpenick sollen die Kiezkassen transparenter, einheitlicher und digitaler werden. Die Bezirksverordnetenversammlung hat dazu ein umfassendes Reformpaket

vorsitzender Die Linke, ist dieses Argument vorgeschoben. In seiner Rede stellte er klar: „Demokratie ist ein Angebot.“ Es sei richtig, dass nicht alle Einwohner:innen dieses Angebot nutzten, „aber das Ent-

strukturmaßnahmen. Genau darin liege ihr demokratischer Wert, so Wohlfeil. „Der wahre demokratische Mehrwert der Kiezkassen liegt tiefer: Sie bringen die Zivilgesellschaft vor Ort ins Gespräch.“

Besonders scharf kritisierte Wohlfeil das Demokratieverständnis der AfD. Diese erkenne Beteiligung „immer nur dann als legitim an, wenn sie ihren eigenen Zwecken dient“. Kiezkassen wirkten jedoch anders: „Sie zwingen uns dazu, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.“ Für eine Partei, „die von Spaltung lebt“, sei das schwer erträglich.

Der beschlossene Antrag führt erstmals bezirkswweit verbindliche Standards ein. Ein neues „Starterkit“ regelt Öffentlichkeitsarbeit, Förderkriterien und Abstimmungsverfahren. Ab 2026 soll zudem eine Kiezkassen-App die Versammlungen digital begleiten. Gleichzeitig betont der Beschluss die parteipolitische Neutralität der Kiezpat:innen. Eine Einflussnahme durch Parteien sei ausdrücklich ausgeschlossen.

Dass dieser Punkt besonders hervorgehoben werde, habe einen

Grund. „Die Neutralitätspflichten betonen wir wegen des Auftretens der AfD“, erklärte Wohlfeil. Die Reform sei deshalb auch eine Reaktion auf deren politische Versuche, Bürgerbeteiligung zu instrumentalisieren und zu diskreditieren.

Am Ende blieb die AfD mit ihrer Ablehnung isoliert. Für die Mehrheit der BVV steht fest: Kiezkassen sollen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. „Wir wollen sie nicht nur erhalten, sondern fit für das Jahr 2026 machen“, so Wohlfeil. Für Treptow-Köpenick bedeutet das mehr Transparenz – und mehr Mitbestimmung im Kiez. ●

Ersatzverkehr nach Alt-Schmöckwitz

Blitzes am 25. Januar, da kann man nichts machen. Ersatzbusse der Linie 68 waren am Adlergestell von Grünau nach Alt-Schmöckwitz durchgerauscht, ohne an den drei Haltestellen in Karolinenhof zu halten. Erst Tage später gab es vereinzelte Ersatzbusse, die hier fuhr, nach vier Tagen lief es dann verlässlich.

Wir fordern, dass ein Ersatzverkehr auch Ersatz ist: Die BVG soll einen Plan bereit halten, der für ortsunkundige Fahrer nutzbar ist. 2024 beim Wasserrohrbruch in Karolinenhof gab es ähnliche Schwierigkeiten, es hat sich also in den letzten zwei Jahren nichts gebessert.

● Torben Bertram



Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender Die Linke, bei Debatte um Kiezkassen

beschlossen. Während eine breite Mehrheit das Verfahren zur Bürgerbeteiligung stärkt, stellte sich die AfD quer – und bezeichnete die Kiezkassen als undemokratisch. Kern der Kritik der AfD: Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nehme an den Kiezkassenversammlungen teil. Für Philipp Wohlfeil, Fraktions-

scheidende ist, dass jede und jeder in Treptow-Köpenick die Möglichkeit dazu hat“.

Die Kiezkassen ermöglichen es Anwohner:innen, direkt und gemeinsam über öffentliche Mittel im eigenen Wohnumfeld zu entscheiden – etwa für Nachbarschaftsfeste, Spielgeräte oder kleinere Infra-

Schöneweide steht vor der nächsten Wegmarke

Feedback der Öffentlichkeit zum Rahmenplan gefragt



Schöneweide erfindet sich neu – und alle können mitreden. Ein Antrag der Fraktion Die Linke, zusammen mit der SPD und CDU, hat eine neue Standortkonferenz, bei der die Zukunft des traditionsreichen Industriegebiets gemeinsam beraten werden soll, auf den Weg gebracht. Politik, Unternehmen, Wissenschaft, Kultur und vor allem die Menschen vor Ort sollen wieder an einen Tisch kommen.

Schon 2009 gab es eine große Konferenz zur Zukunft Schöneweides. Seitdem hat sich viel getan: Auf rund 100 Hektar arbeiten heute etwa 370 Betriebe, dazu kommen vier Forschungseinrichtungen und fast 10.000 Studie-

rende. Schöneweide ist zu einem lebendigen Ort geworden – aber auch zu einem umkämpften. Steigende Mieten und Grundstückspreise setzen Handwerk und Betriebe unter Druck, während andere Flächen leer stehen oder ihre Nutzung unklar ist.

Im Zuge eines neuen Rahmenplans für den historischen Industrie- und Gewerbegebiet Oberschöneweide soll nun, wie von Linken und CDU gefordert, auch die Öffentlichkeit beteiligt werden. Der Plan zeigt, wie sich das Gebiet weiterentwickeln kann, wie alte Gebäude erhalten bleiben und neue Nutzungen möglich werden. Auch die Öffnung des Spreeufer spielt dabei eine Rolle.

Jetzt beginnt die wichtigste Phase: die Beteiligung der Öffentlichkeit. Vom 2. Februar bis 3. März 2026 können alle Interessierten auf der Plattform mein.berlin.de den Entwurf ansehen, Fragen stellen und Hinweise geben. Jede Meinung zählt – egal ob Anwohnerin, Unternehmer, Studierende oder Neugierige.

Die Rückmeldungen fließen in die weitere Arbeit ein. Spätestens im zweiten Quartal 2026 sollen die Ergebnisse vorgestellt und auf einer neuen Standortkonferenz gemeinsam diskutiert werden. Schöneweides Zukunft ist offen – und sie wird jetzt geschrieben. Wer mitreden will, sollte diese Chance nutzen. ●

Ausweitung von Buslinie 160

In einem gemeinsamen Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt Die Linke, dass die Kapazität der Buslinie 160 morgens zwischen 7 und 9 Uhr ausgeweitet wird. Die Buslinie von Schöneweide über Johannisthal und Adlershof bis nach Altglienicke wird morgens insbesondere von Schüler:innen genutzt, wodurch es zu Überfüllungen kommt. Mit der Fertigstellung der neuen Gemeinschaftsschule am Eisenhutweg wird sich der Bedarf weiter erhöhen.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart, Donnerstag, 19. Februar, 10–11.00 Uhr** (telefonisch oder vor Ort)
Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 132, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

Winterdienst: Amt stolpert über den eigenen Schnee

Ein Lehrstück in deutscher Zuständigkeitslogik



Wie immer kam der Wintereinbruch Anfang Januar mit Minusgraden, Schnee und Eis offenbar überraschend. Zumindest, wenn man sich die Realität vor dem Ordnungsamt Treptow-Köpenick, geführt von der AfD, ansah. Glatte, verschneite Wege, kaum passierbar für Fußgänger:innen – ausgerechnet dort, von wo Bürger:innen mit Nachdruck auf ihre Pflicht hingewiesen werden, den Winterdienst vor der eigenen Haustür nicht zu vernachlässigen. Ein Zustand, der Kopfschütteln auslöst und politische Fragen nach sich zieht.

Bezirksverordneter Uwe Doering (Die Linke), wollte Anfang Januar vom Bezirksamt wissen, warum der Zugang zum Ordnungsamt nach Schneefall nicht geräumt und sicher begehbar war – und wer dafür eigentlich verantwortlich ist. Die Antwort des Bezirksamts liest sich wie ein Lehrstück deutscher Zuständigkeitslogik: BSR, Cafébe-

treiber, Grünflächenamt, Facility Management und externe Dienstleister teilen sich in fein säuberlich abgegrenzten Abschnitten die Verantwortung. Das Ergebnis: Niemand fühlt sich zuständig und der Schnee bleibt liegen – in diesem Fall bis zu 10 Tagen.

Zwar verweist das Bezirksamt auf Verträge, Kontrollmechanismen und sogar einen freiwilligen Bereitschaftsdienst an Wochenenden. Doch in der Praxis half all das offenbar wenig. Die Begründung: extreme Wetterlage, überlastete Fremdfirmen, begrenzte Kapazitäten. Argumente, die Bürger:innen gut bekannt sind – nur gelten sie für diese meist nicht als Entschuldigung. Wer privat seiner Räumspflicht nicht nachkommt, dem drohen Bußgelder, auch wenn der beauftragte Winterdienst „vollständig ausgelastet“ ist.

Genau darin liegt der Kern der Kritik. „Wenn das Ordnungsamt selbst an der eigenen Tür scheitert, ist es

eine Farce den Zeigefinger gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erheben“, kommentiert Uwe Doering. „Den Menschen wird etwas abverlangt, was offenbar nicht einmal das Bezirksamt selbst sicherstellen kann. Das ist nicht nur peinlich, das untergräbt auch das Vertrauen in staatliches Handeln.“

Das Bezirksamt betont, die BSR arbeite bei extremen Wetterlagen im Drei-Schicht-Betrieb rund um die Uhr. Dennoch reiche dies nicht immer aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Ein ehrlicher Satz – der jedoch die grundsätzliche Schiefelage nicht behebt. Denn für Bürger:innen zählt am Ende nicht die Zuständigkeitsmatrix, sondern ein sicherer Weg zur Arbeit, zum Einkaufen oder sogar zum Amt.

Der Winter wird wohl auch im nächsten Jahr wieder überraschend kommen. Die Frage ist nur, für wen. ●

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:
Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić,
Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion
wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03.02.26
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“
erscheint am Montag, 20.04.26
Redaktionsschluss dafür: Dienstag, 07.04.26

Bürgersprechstunde

Gregor Gysi, MdB

Dienstag, 10. März
von 12–18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter
63 22 43 57

Zwei Zeitungen: ein Abo!

Null Papier, volle Informationen.
Unsere Zeitungen **Aus dem Rathaus**
und **blättchen** jetzt im digitalen Abo!
#nachhaltiglinks
gleft.de/5jv

KONTAKT

Geschäftsstelle

Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-
koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 13.00 – 17.00 Uhr

Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

Auf Anfrage

Wahlkreisbüro

Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

Auf Anfrage

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kantić,
Joseph Rohmann

Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1,
12559 Berlin.

redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt den Standpunkt der
Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich
sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und
Leserbriefen vor.

Satz: www.karenaugust.de

Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03.02.26
Erscheinungstag blättchen 311: Mo, 20.04.26
Redaktionsschluss dafür: Di, 07.04.26

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.

Den Kompass ausrichten

Konferenz zum neuen Grundsatzprogramm von Die Linke



„Was ist die Lage? Wer sind wir und was müssen wir jetzt eigentlich tun?“, fragte Janis Ehling, Bundesgeschäftsführer der Linken in seiner Eröffnungsrede auf der Mitgliederkonferenz der Partei Anfang Januar. Das zu beantworten, so fährt er fort, sei Aufgabe eines Grundsatzprogramms.

Aktuell macht sich Die Linke daran, dieses Fundament zu erneuern. Während Wahlprogramme konkrete Lösungen für einzelne Wahlperioden formulieren, dient ein Grundsatzprogramm der langfristigen Orientierung und der Selbstverständigung. Das derzeit gültige „Erfurter Programm“ stammt aus dem Jahr 2015. Seither hat sich viel getan: Das Klima und die geopoliti-

sche Weltlage spitzen sich zu, der Rechtsruck schreitet voran, aber auch Die Linke wächst und ist mit über 120.000 Mitgliedern so groß wie nie. Gründe genug für ein Update des Grundsatzprogramms. Zum Auftakt des Programmprozesses trafen sich am 10. Januar bei frostigen Außentemperaturen mehrere hundert Parteimitglieder im FMP1, nahe des Ostbahnhofs in Friedrichshain. Die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner betonte in ihrer Begrüßungsrede die Besonderheit des Prozesses. Während andere Parteien, wie zuletzt die CDU, ihre Programme im elitären, kleinen Kreis erarbeiten, möchte Die Linke ihres mit allen Mitgliedern schreiben. Dafür nimmt sie sich zwei Jahre Zeit. Der Diskussions-

prozess wird dazu durch eine Vielzahl an (Online-)Formaten in die Breite der Partei getragen. Aber auch kritische Intellektuelle, Multiplikator:innen und Verbündete aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld, Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen sollen zu Wort kommen. Die Diskussion gliedert sich in vier inhaltliche Schwerpunkte: Friedenssicherung und Außenpolitik, sozial-ökologische Transformation, solidarische Einwanderung sowie Strategien für den Osten und Transformationsregionen. Um dabei Gegner und Utopie im Blick zu haben, wird die gesamte Debatte gerahmt durch die Themen: „In welchem Kapitalismus leben wir, für welchen Sozialismus kämpfen wir?“ und „Faschisierung und Rechtsruck“. Für die kommenden Debatten wünscht sich Schwerdtner eine „Kultur der revolutionären Freundlichkeit“. Dies ist allen Beteiligten nur zu wünschen.



Wer mehr wissen möchte, findet weitere Informationen über den

nebenstehenden QR-Code.

Er verlinkt zur Homepage des Programmprozesses – einfach mit dem Smartphone scannen.

Ab sofort beantragbar: FEIN-Förderungen

Bis zu 3.500 € je Einzelmaßnahme



Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat dem Bezirksamt Treptow-Köpenick finanzielle Mittel in Höhe von 55.400 € zur Verfügung gestellt, um ehrenamtliche Vorhaben von Bürger:innen, Vereinen und Initiativen im Rahmen des Programms „Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften“ (FEIN) zu fördern. Antragsberechtigt sind gesellschaftliche Initiativen, die nicht gewinnorientiert arbeiten, sondern gemein-

wohlorientiert sind und die Vorhaben außerhalb der im Programm „Soziale Stadt“ festgesetzten Gebiete durchführen wollen. Gefördert werden ausschließlich Sachleistungen bis zu 3.500 € je Einzelmaßnahme und Antrag. Förderfähig sind nur tatsächlich getätigte Ausgaben (Geldzahlungen) für Sachmittel und damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Ausstattungsergänzungen. Mehr Infos unter: mein.berlin.de/vorhaben/2026-01346/ ■■


Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDEDB110,
Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810,
sowie Name, Vorname und
Anschrift angeben

Übrigens: Die Linke nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an.

Eine neue Traumfabrik Treptow?

Konzept sieht Zwischennutzung des Cinestar vor

 Im Kino am Treptower Park sind seit dem 11. Januar die Projektoren erloschen. Nun scheint das Befürchtete zu folgen: Leerstand mitten im lebendigen Kiez. Doch die Initiative Traumfabrik Treptow – ein Zusammenschluss aus ehemaligen Kino-Mitarbeiter:innen und Nachbar:innen – gibt den Kampf um den Erhalt des Kinos als Kultur- und Gemeinschaftsort nicht auf. Mit drei Kinoabenden noch während des Cinestar-Betriebs konnte die Initiative zeigen, dass volle Kinosäle mit einem diversen Programm und sozial gestaffelten Eintrittspreisen möglich sind. Damit es auch nach dem Cinestar-Aus weitergeht, hat die Initiative dem Eigentümer des Gebäudes ein konkretes Angebot vorgelegt: Kulturbetrieb in einem abtrennbaren Teil des Gebäudes in einer Pilotphase bis Ende 2026. Anschließend soll das gesamte Gebäude mit einem Mischkonzept aus kulturellen und sozialen Elementen bespielt werden. Für mindestens drei Jahre soll so die Traumfabrik Treptow als kulturelle Zwischennutzung Wirklichkeit werden. Das als Kino erbaute Gebäude könnte damit in seiner jetzigen Form bestehen bleiben. Pläne für einen Umbau zum Hotel erscheinen aufgrund der unklaren Situation rund um den möglichen Weiterbau der A100 und das jetzt

schon immense Verkehrschaos durch die Autobahnabfahrt am Treptower Park für den Gebäudeeigentümer ohnehin nicht realistisch. Ein andererseits drohender jahrelanger Leerstand würde der Nachbarschaft eine riesige Gemeinschaftsfläche entziehen. Auf ebenjene zielen die Pläne der Traumfabrik Treptow ab: Das Gebäude soll mittelfristig nicht nur ein Ort für einen Kinobetrieb und verschiedenste Kultur-Formen sein, sondern auch ein Begegnungsort für die Menschen aus den umliegenden Bezirken Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Auf einer offenen Versammlung im Sommer 2025 wurden zahlreiche inhaltliche Ideen entwickelt: Von bezahlbarer Kiezküche über Foyerflächen ohne Verzehrwang bis hin zu Sozialberatungen gibt es viele verschiedene Wünsche der Anwohner:innen. Hinzu kommen die zahlreichen Nebenräume, die auch als Proberäume, Studios und Ateliers genutzt werden könnten. Wie groß der Bedarf für solche Räume in der Stadt ist, zeigte sich bei einem offenen Netzwerktreffen der Initiative Ende Januar: Über 50 Interessierte kamen dort zusammen, um sich über das vorgelegte Konzept der Traumfabrik Treptow zu informieren und sich für eine mögliche Raumvergabe vormerken



Foto: Anita Richeili

Am 10. Januar lud die Traumfabrik Treptow zur „Queer Sci-Fi Cinematic Experience“ ins Kino

zu lassen. Für einen anvisierten Start zum 1. März gibt es damit schon eine lange Liste an potenziellen Nutzer:innen, die schnell aktiviert werden können. Mitten in einem lebendigen Kiez und direkt neben dem S-Bahnhof Treptower Park gelegen, könnte es also, mehrere Jahrzehnte nach dem Ende der Johannisthaler Filmstudios, bald wieder eine Traumfabrik Treptow geben. ■ ■ Autor: Clemens Kluck

Termine

Mi, 11.03. /// 17.30 Uhr

Landesweites

Interessiertentreffen

Thema: Wofür steht Die Linke Berlin und wo und wie können sich Interessierte aktiv einbringen? Diesen und vielen weiteren Fragen widmet sich das landesweite Interessiertentreffen im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung unter: dielinke.berlin/mitmachen/interessiertentreffen

Mo, 23.02., 16.03., 13.04. /// jeweils ab 15 Uhr

AG Senioren

Thema: Beratung aktueller Fragen des Wahlkampfes zu den Wahlen zur BVV und zum Abgeordnetenhaus von Berlin. Gäste aus anderen Arbeitsgruppen und Linken Vereinigungen sind herzlich willkommen – ebenso wie neue ständige Mitstreiter:innen aus der Altersgruppe 60 plus. Bürgerbüro Gysi, Brückenstraße 28

Bis 20.03. /// Mo-Do, 14 bis 18 Uhr


Ausstellung 30 Jahre

Schlossplatztheater

Zum 30-jährigen Bestehen des Schlossplatztheaters zeigt eine Retrospektive Aufführungsplakate, die den Qualitätsanspruch, die Experimentierfreude und das aktuelle Engagement des Theaters belegen sollen. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, Eintritt: frei.

Journalistenporträt und Geschichtsstunde

Filmtipp zur Doku *Cover-Up*

 Zuletzt war der Name Seymour Hersh hierzulande im Umlauf, als der Journalist 2023 das Ergebnis seiner Recherchen zur Sprengung der Nord-Stream-Pipelines veröffentlichte und damit für Aufsehen sorgte. Doch dass Hersh trotz begrün-

deter Zweifeln an seinem Bericht jede Menge Respekt verdient hat, zeigt der auf Netflix veröffentlichte Dokumentarfilm *Cover-Up*. Laura Poitras, Regisseurin der Doku *Citizenfour* (2014) über Whistleblower Edward Snowden, und Mark Obenhaus zeichnen in *Cover-Up*

einige von Hershs journalistischen Glanzleistungen nach: angefangen bei seiner Enthüllung über das von US-Soldaten verübte Mỹ Lai-Massaker während des Vietnamkriegs 1968 über die Bekanntmachung haarsträubender CIA-Machenschaften im In- und Ausland bis hin zu seinem 2004 veröffentlichten Bericht über die Folterpraktiken im Abu-Ghuraib-Gefängnis während des Irak-Kriegs. Dafür erhielten Poitras und Obenhaus Zugang zu Hershs umfänglichem Dokumentenarchiv sowie dem Reporter

selbst, der in *Cover-Up* ausführlich zu Wort kommt, aber auch kritisch zu seinen Recherchemethoden befragt wird. Dabei formt sich nicht nur ein eindrückliches Porträt über diesen weiterhin umtriebigen Investigativjournalisten, sondern auch über eine von Geheimplänen, Vertuschungen und eine Kultur der Gewalt geprägten US-Geschichte. *Cover-Up* belegt damit, welcher Stellenwert aufrechtem Journalismus bei der Verteidigung der Demokratie zukommt.

■ ■ Autorin: Dobrila Kontić

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de